LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/2639

A12

Bund der Steuerzahler
Nordrhein-Westfalen e.V.

Schillerstraße 14
40237 Düsseldorf

Telefon 0211 99 175-0

info@steuerzahler-nrw.de

www.steuerzahler.de/nrw

17. Juni 2025

Schriftliche Stellungnahme zur

Anhörung des Ausschusses für Kultur und Medien am 26. Juni 2025 zum

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP

Die Landesregierung muss das Sterben freier Theaterhäuser in NRW verhindern!

Drucksache 18/13157

Einleitung

In Nordrhein-Westfalen besteht die Möglichkeit, Kulturveranstaltungen auf vielfältige Art und Weise zu besuchen. Diese Angebote werden zu einem großen Teil von Kommunen bezuschusst und durch EU, Bund und das Land Nordrhein-Westfalen gefördert. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens hat nun angekündigt, dass es die Förderung für Freie Theater zukünftig um bis zu 50 Prozent reduzieren wird. Aus Sicht des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen (BdSt NRW) ist dies zwar ein für die Kulturszene kurzfristig nicht einfach zu verkraftender Einschnitt, aber mit Blick auf die äußerst angespannte Haushaltslage des Landes nachvollziehbar.

Prekäre Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen befindet sich seit einigen Jahren unter einem besonderen Konsolidierungsdruck. Unter anderem die Corona-Pandemie und der Krieg Russlands in der Ukraine haben mit ihren Folgen zu einer wirtschaftlichen Schwächephase in Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland geführt. Diese Rezession hat in den letzten Jahren wiederholt zu deutlich geringeren Steuereinnahmen für das Land geführt, als zuvor prognostiziert und eingeplant worden ist. Zuletzt wurde mit der Mai-Steuerschätzung bekannt, dass das Land Nordrhein-Westfalen voraussichtlich für 2025 und 2026 zwar mit etwas höheren Steuereinnahmen rechnen kann, aber für 2027 und 2028 vermutlich mit Mindereinnahmen von jeweils über 2 Mrd. Euro planen muss. Auch die leicht erhöhten Prognosen bei den Steuereinnahmen für 2025 und 2026 führen nicht zu mehr Spielräumen bei den Ausgaben, weil damit lediglich die Summe reduziert wird, die ansonsten schuldenfinanziert im Rahmen der Konjunkturkomponente aufgenommen worden wäre.[1]

Damit hat das Land auf der einen Seite weniger Steuergeld als ursprünglich prognostiziert zur Verfügung, auf der anderen Seite sind aber auch für das Land durch die Inflation der letzten Jahre die Ausgaben in vielen Bereichen deutlich angestiegen. Die Personalausgaben stellen beispielsweise mit ca. 35 Prozent den größten Teil der Ausgaben des Landes dar und sind in den letzten Jahren aufgrund der kräftigen Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst deutlich gestiegen. Auch bei den Personalkosten bemüht sich das Land, in der Verwaltung Personal zu reduzieren bzw. nicht weiter aufwachsen zu lassen, um zu sparen. Diese Einsparmaßnahmen sind aus Sicht des BdSt NRW in allen Teilen des Haushalts notwendig.

Einsparbemühungen und das Setzen von Prioritäten in allen Bereichen sind auch dringend notwendig, da sich das Land Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr trotzdem mit fast zwei Mrd.

[1] Vgl. Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung, Vorlage 18/3934

Euro zusätzlich verschulden wird, nachdem es sich bereits 2024 mit rund 1,3 Mrd. Euro zusätzlich verschuldet hat. Diese Schulden sind durch immer noch vergleichsweise hohe Zinsen mit zusätzlichen Kosten verbunden, welche den Landeshaushalt in den kommenden Jahren zusätzlich belasten werden. Deshalb sollten diese Schulden möglichst vermieden oder zumindest nur in sehr geringem Umfang neu aufgenommen werden.

Dieses Bewusstsein ist auch bei der Landesregierung durch Erlasse zur äußerst sparsamen Haushaltsführung und durch geplante Einsparungen im kommenden Haushalt in verschiedenen Bereichen sichtbar. Bei diesen Einsparbemühungen kann aus Sicht des BdSt NRW auch der Kulturbereich nicht ausgenommen werden. Obwohl bereits für das Haushaltsjahr 2025 750 Mio. Euro im Etat des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft gekürzt werden mussten, war der Kulturhaushalt nur mit vergleichsweisen moderaten 5,5 Mio. Euro, also 1,74 Prozent, betroffen[2]. Der Kulturetat wird somit in den kommenden Jahren einen größeren Anteil zu den notwendigen Einsparmaßnahmen beitragen müssen.

Kürzungen des Landes bei der Kulturförderung sind notwendig

Mit dem vorliegenden Antrag verfolgen die Fraktionen der SPD und FDP allerdings eine gegensätzliche Stoßrichtung. Sie fordern eine Erhöhung und Dynamisierung der Förderung für die nächsten Landeshaushalte. Für den BdSt NRW sind diese Forderungen nachvollziehbar, aber in finanziell angespannten Zeiten ist nicht alles Wünschenswerte finanzierbar. Deshalb sind aus Sicht des BdSt NRW Einschnitte auch im Bereich der Kulturförderung kein Tabu, um einen ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2026 aufstellen zu können.

Diese Einsparpläne des Landes sind auch in dem Kontext zu sehen, dass es bisher erhebliche Förderungen für die Theater gegeben hat. Laut der Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins für die Spielzeit 2022/2023 beliefen sich die Zuschüsse von EU, Bund, Land und Kommunen für die öffentlich getragenen und privaten Theater, Konzertorchester und Festspielunternehmen in Nordrhein-Westfalen auf rund eine halbe Milliarde Euro. Pro Besucher bedeutet dies eine Subvention von rund 211 Euro. Das Land trug zu den Zuschüssen rund 73,3 Mio. Euro bei, womit sich eine Förderung von 31 Euro pro Ticket ergibt.[3] Die Höhe der Subventionierung ist aus Sicht des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen fragwürdig.

Andere kulturelle Veranstaltungen, wie z.B. Konzerte von internationalen Musikern, kommen dagegen nahezu ohne Zuschüsse aus und verlangen dafür häufig deutlich höhere Eintrittspreise. Diese kulturellen Events sind trotzdem oft ausverkauft und es finden sich Besucherinnen und Besucher aus allen sozialen Schichten wieder. Daran ist erkennbar, dass die

[2] Vgl. Nordrhein-Westfalen: Wie steht es um die Kulturfinanzierung? - Politik und Kultur
[3] Vgl. Theaterstatistik | Deutscher Buehnenverein

Bürgerinnen und Bürger durchaus grundsätzlich bereit sind, mehr für eine Eintrittskarte zu zahlen, wenn sie wissen, dass ihnen ein besonderes kulturelles Erlebnis geboten wird. Deshalb sollte es aus Sicht des BdSt NRW auch für die freien Theater möglich sein, höhere Eintrittsgelder zu erheben und damit ihren Theaterbetrieb weiterhin aufrecht zu erhalten.

Fazit

Die Haushaltslage in Nordrhein-Westfalen ist sehr angespannt. Schon in den vergangenen Jahren hat das Land hohe Schulden aufgenommen, um alle Ausgaben finanzieren zu können. Diese Schulden gehen mit hohen Finanzierungskosten für die kommenden Generationen einher und sollten deshalb in Zukunft vermieden werden. Deshalb ist es aus Sicht des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen richtig, wenn die Landesregierung versucht, in allen Bereichen Einsparungen vorzunehmen. Insbesondere mit Blick auf die hohe Subventionierung des Kulturbetriebs ist es gerechtfertigt, wenn die Landesregierung zukünftig die Förderung an die Freien Theater kürzen möchte.